Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts • 5. Jahrg.

Sonnabend, 14. Januar 1922

Nummer 24 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 73.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Fortdauer der internationalen Krise

Lloyd George und Poincaré

Die internationale Krise, die durch den Sturz des Kabinetts Briand heraufbeschworen wurde, ist noch immer nicht behoben. Soweit bisher Nachrichten vorliegen, scheint England nicht geneigt, von der Linie abzuweichen, die es auf der Konferenz in Cannes eingeschlagen hat. In seiner nachstehend wiedergegebenen Ansprache an die Pressevertreter hebt Lloyd George vielmehr ausdrücklich hervor, daß das Schicksal des englisch-französischen Uebereinkommens von der Haltung abhänge, die die neue französische Regierung einnehmen werde. In Frankreich ist man sich dieser Lage wohl bewußt. Selbst der Sieger über Briand, der mit der Kabinettsbildung betraute Poincaré, hat in recht bedrücktem Tone die Erklärung abgegeben, daß die Neubildung der französischen Regierung endgültig erst erfolgen könne, nachdem er, Poincaré, eingehende Rücksprache mit Lloyd George genommen habe.

In den Aeußerungen Poincarés ist ferner bemerkenswert, daß er die Lage als ebenso ernst wie im Jahre 1914 bezeichnete. Das ist natürlich eine agitatorische Redefloskel, darauf berechnet, die Parteien um die neue Regierung zu sammeln und die Position des „Nationalen Blocks“ zu stärken. Aber ernst ist die politische Lage in Frankreich auf jeden Fall. Selbst die Anhängerschaft Poincarés kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß sie durch den Sturz des Kabinetts Briand und durch die Sprengung der Konferenz in Cannes die internationale Stellung Frankreichs außerordentlich geschädigt und die Gefahr einer völligen Isolierung Frankreichs heraufbeschworen hat. Die oppositionellen Schichten des demokratischen Bürgertums, die sich um die radikal-sozialistische Partei gruppieren, sind deshalb auch nicht geneigt, das Kabinett Poincaré zu stützen und die Verantwortung für den neuen nationalistischen Kurs zu übernehmen.

Eine gewisse Klärung der politischen Lage kann erst nach Bekanntgabe der Ergebnisse der Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré erwartet werden. Poincaré wird sich hierbei wohl mit den vollendeten Tatsachen abfinden müssen, die Lloyd George bereits geschaffen hat. Außerordentlich wichtig ist in dieser Beziehung die von Lloyd George in seiner Ansprache erwähnte Tatsache, daß der italienische Ministerpräsident bereits von Briand den Auftrag erhalten habe, die Einladungen zur bevorstehenden Wirtschaftskonferenz in Genua zu versenden. Frankreich kann nun nicht mehr gut gegen diese Veranstaltung Einspruch erheben, von der Lloyd George mit besonderem Nachdruck erklärt, daß sie die wichtigste Zusammenkunft ist, die die Welt je erlebt hat. Nach wie vor hält Lloyd George an seinem in Cannes vertretenen Standpunkt fest, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas nicht stattfinden könne, wenn der Friede nicht gesichert sei. Hierbei will Lloyd George sich keineswegs an den Rahmen des Völkerbundes halten, den er im Grunde als nicht existierend bezeichnet, er will vielmehr erst in Genua einen Pakt der Nationen schaffen, und zwar unter Hinzuziehung der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Rußlands, ohne deren Mitwirkung der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas und die Schaffung eines wirklichen Friedenszustandes undenkbar ist.

Das Programm Lloyd Georges

London, 14. Januar.

In einer Unterredung mit Vertretern der englischen Presse in Cannes erklärte Lloyd George vor seiner Abreise, er kenne noch nicht die Haltung Poincarés, jedoch waren ihm aus seinen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln seine allgemeinen Ansichten bekannt.

Das Schicksal des englisch-französischen Uebereinkommens hänge von der Haltung ab, die die neue französische Regierung einnehme.

In der Sitzung des Obersten Rates habe man gerade vor einem Uebereinkommen in der Reparationsfrage gestanden, als Briand zurückgetreten sei. Wenn der neue französische Ministerpräsident der Ratifizierung der Reparationsvorschläge nicht günstig gegenüberstehe oder einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen sollte, so müsse eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates zur erneuten Erörterung der Frage einberufen werden.

Lloyd George erklärte weiter, er sehe

die Konferenz von Genua

als eine der wichtigsten Zusammenkünfte an, die die Welt je erlebt habe. Zum ersten Male würden alle Nationen Europas zusammentreten, um über den Frieden Europas zu beraten. Die Wiederherstellung des Friedens sei von größter Bedeutung, denn wenn der Friede nicht gesichert sei, so könne auch kein wirtschaftlicher Wiederaufbau stattfinden. Ein Ausschuß werde innerhalb von zehn Tagen in London zusammentreten, um das Programm der Konferenz von Genua zu genehmigen. England werde seinen bescheidenen Anteil an der Konferenz von Genua übernehmen, und er, Lloyd George, würde gern sehen, wenn in Genua

ein Verband oder ein Pakt der Nationen

geschaffen werde, der umfassender sei als der bestehende Völkerbund. Er wolle damit sagen, **daß der noch nicht geborene Völkerbund auch die drei großen Nationen Amerika, Deutschland und Rußland umfassen müsse**, die augenblicklich noch außerhalb des bestehenden Völkerbundes ständen. Der italienische Ministerpräsident sei bereits von Briand ersucht worden, Einladungen an die europäischen Nationen und Amerika ergehen zu lassen.

Die Mitwirkung der Vereinigten Staaten sei unbedingt notwendig für den Erfolg der Konferenz von Genua, ebenso die Deutschlands und Rußlands.

Die Einladung an Rußland würde keinerlei besondere Bedingungen enthalten außer denen, die sich auf die Freiheit und Zukunft des Handels beziehen. Es sei unbedingt notwendig, daß der Völkerbund auch an der Konferenz von Genua teilnehme. Wenn der Völkerbund sie aber einberufen hätte, so würde wahrscheinlich weder Amerika noch Rußland die Einladung angenommen haben.

Ernste Lage in Frankreich

Poincaré für ein unpolitisches Kabinett

Paris, 14. Januar.

Poincaré hat im Laufe des gestrigen Tages viele Parlamentsdelegationen empfangen, vor denen er folgendes erklärte: Ich habe nicht die Absicht, ein politisches Ministerium zu bilden. Allen Parlamentsmitgliedern, die zu mir kommen, sage ich, daß Personenfragen nicht auf dem Spiele stehen. Niemand kann die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage verheimlichen.

Die Stunden, die wir durchleben, sind ebenso ernst, wie die des Jahres 1914.

Die Einigkeit ist notwendiger als je. Vor allem müssen die Geister entwaffnet werden. Der Friede unter den Parteien ist für die zu vollbringenden Aufgaben unerläßlich.

Angehörigen der linksstehenden Parteien hat Poincaré erklärt, er habe gegen niemanden Verpflichtungen übernommen, aber er erinnere daran, daß der Zufall es gewollt habe, daß in den Kabinetten, die in den sieben Jahren seiner Präsidentschaft gebildet worden seien, immer Radikal-Sozialisten enthalten gewesen seien.

Was die auswärtige Politik anlangt, so hat er erklärt: Die Ereignisse drängen.

Ich werde eine Unterredung mit Lloyd George haben, bevor ich offiziell Ministerpräsident sein werde.

Lloyd George selbst hat den Wunsch ausgedrückt, bei der Durchreise nach London eine Unterhaltung mit dem Nachfolger Briands zu haben. Ich habe dem englischen Premierminister mitteilen lassen, daß ich sehr glücklich sein werde, ihn in der britischen Botschaft einen Besuch abzustatten, um mich mit ihm zu unterhalten. Diese Unterhaltung kann mehrere Stunden in Anspruch nehmen und meine Verhandlungen in die Länge ziehen. **Ich glaube deshalb nicht, daß das Ministerium vor Sonntag abend gebildet sein kann.** Da die Kammern erst am Donnerstag zusammentreten, habe ich dann Zeit, von den Dokumenten über die Fragen Kenntnis zu nehmen, die jetzt zwischen den Alliierten besprochen werden. Tagungen des Obersten Rates sind vorgesehen, aber ich glaube, daß es vorteilhaft sein wird, wenn sich die Regierungschefs nur dann bemühen, wenn die Botschafter vorher die ganze vorbereitende Arbeit geleistet haben. Der Oberste Rat darf sich nach meiner Ansicht grundsätzlich nur zum Austausch der Unterschriften vereinigen.

Die radikale Partei gegen Poincaré

Paris, 14. Januar.

Die radikal-sozialistische Parlamentsgruppe hat gestern eine Tagesordnung angenommen, in der sie ausspricht, sie trete für alle Maßnahmen ein, die als geeignet erschienen, den wahren Frieden wiederherzustellen. Sie begünstige alle Zusammenkünfte, die zum Ergebnis haben könnten, die Wirtschaftslage Europas zu verbessern unter dem Vorbehalt, daß sie so geleitet würden, daß sie den Interessen der Völker und nicht den Forderungen der internationalen Finanz dienten, und unter der Bedingung, daß die Rechte der Franzosen, die Rußland Geld geliehen hätten, anerkannt würden. Die Gruppe betont aufs neue, daß an diesem notwendigen Wiederaufbauwerk Frankreich als Hauptgläubiger und als größtes Kriegsopfer teilnehmen müsse. Die Partei weigere sich aber, das Problem des Wiederaufbaus Europas mit der Regelung der Reparationsfrage zu verquicken. Das angegriffene und verwüstete Frankreich könne Deutschland keine neuen Opfer bringen, ohne sich der größten finanziellen Gefahr auszusetzen. Denn die reichen Klassen der Bevölkerung in Deutschland hätten noch keinerlei Anstrengung unternommen.

Gegenüber anders lautenden Nachrichten muß darauf hingewiesen werden, daß die radikal-sozialistische Partei, die als Gegnerin des „nationalen Blocks“ die bürgerlich-demokratische Opposition in der Kammer vertritt, nicht geneigt ist, in ein Kabinett Poincaré einzutreten.

Italienische Unzufriedenheit mit Frankreich

Rom, 14. Januar. (Intel.)

Sämtliche italienische Zeitungen mit wenigen Ausnahmen kommentieren den Sabotageakt Frankreichs in Cannes mehr oder minder feindselig. „Il Paese“ schreibt in einem Artikel unter dem Titel „Die Sabotage“: Den französischen Militär-Imperialisten zufolge sollte der Rückzug Briands den Zusammenbruch der Konferenz in Cannes, die Annullierung der dort getroffenen Vereinbarungen und die Wiederaufrichtung des status quo ante bezwecken. Frankreich sollte wieder in die Kriegspolitik zurückgeworfen werden, die seit drei Jahren Europa beherrscht. Um dem gefährlichen Druck zu widerstehen und Europa vor neuem Unglück zu bewahren, ist die Beseitigung der gröbsten Fehler, die in den verbrecherischen Friedensverträgen gemacht wurden, eine conditio sine qua non. Wird Briand den Auftrag erhalten, nach Cannes zurückzugehen, um dort die gemachten Zugeständnisse zu widerrufen, oder wird er durch Barthou oder Tardieu auf der Konferenz ersetzt werden? In jedem Fall muß gegen die französische Reaktion um so energischer angekämpft werden.

Die italienischen Arbeiter für Genua

Rom, 14. Januar. (Intel.)

In einer Sitzung des Vorstandes des allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, an das Bureau der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ein Telegramm folgenden Inhaltes zu richten:

In Cannes wurde die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz nach Genua beschlossen, an der Vertreter aller Regierungen Europas teilnehmen sollten. Wir erachten es für notwendig, daß zu dieser Konferenz auch Vertreter der Arbeitenden aller Länder eingeladen werden.

Das Telegramm ist unterzeichnet vom Generalsekretär des Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes D'Aragona.

Arbeiter u. Angestellte Berlins

Sonntag, den 15. Januar 1922
vorm. 10 Uhr, im Großen Schauspielhaus

Große internationale Kundgebung

für die Verbrüderung des Proletariats gegen Gewaltfrieden und Kriegshetze

Es werden sprechen:

Paul Faure, Pierre Renaudel, Sascha Grumbach aus Frankreich, Robert Grimm aus der Schweiz, Friedrich Adler-Oesterreich, Oswald Hildebrand-Tschechoslowakei, Abramowitsch-Rußland, Artur Crispien-Deutschland

Zur Deckung der Unkosten wird 1 Mark Eintritt erhoben

Genossinnen und Genossen, sorgt für Massenbesuch!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.

•

Die Sozialistische Proletarier-Jugend beteiligt sich geschlossen an dieser Kundgebung. Treffpunkt der Jugend 9 Uhr am Begasbrunnen (Schloßplatz)

Bayern und Tirol

Separatistische Pläne der Klerikalen und Alldeutschen

Die bayrischen Separatisten haben in der letzten Zeit ihre Tätigkeit in das Dunkel geheimer Konventikel verlegt, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als sei mit dem Sturz der Regierung Kahr auch eine Systemänderung in der byrischen Politik eingetreten. In Wirklichkeit wird aber intensiver als je an der Verwirklichung der monarchistischen und separatistischen Pläne der bayrischen Reaktion gearbeitet. Dabei ist besonders zu betonen, daß die treibenden Kräfte nicht etwa Urbayern, sondern vielmehr preußische — Alldeutsche sind.

Rein äußerlich macht sich das darin bemerkbar, daß die mit dem Sturz Kahrs gesprengte Koalition in Bayern nun wieder im Entstehen begriffen ist; die bayrische Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) bewirbt sich seit Monaten um den Wiedereintritt in die bayrische Regierung. Aus einer Münchener T. U.-Meldung geht hervor, daß nach einer Mitteilung des klerikalen „Bayrischen Kurier" nunmehr offizielle Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien und der Mittelpartei über die Koalitionserweiterung in Bayern bevorstehen. Wenn sich diese Meldung bewahrheitet — und alle Anzeichen sprechen dafür — so bedeutet das eine weitere Stärkung des reaktionären Kurses in Bayern und eine deutlichere Betonung des alldeutschen Einschlages in der bayrischen Politik, den man von seiten der Klerikalen bisher abzuschwächen versuchte.

Es ist eigenartig, daß gerade die Alldeutschen in Bayern einen so starken Einfluß auf die bayrische Politik gewinnen konnten, obwohl, wie allgemein bekannt, starke Gegensätze zwischen den preußisch—Alldeutschen und den Wittelsbachern bestehen. Die alldeutschen Militärs benutzen jetzt die bayrische separatistische Bewegung, um zunächst einmal in Bayern und Tirol Fuß zu fassen und glauben, so ein Sprungbrett für die Verwirklichung ihrer Pläne im übrigen Deutschland zu gewinnen. Die Erklärung für das Zusammengehen der Alldeutschen und Klerikalen in Bayern liegt darin, daß es die preußischen Militärs in Bayern verstanden haben, die militärische Organisation der Reaktion in ihrer Hand zu konzentrieren und so zu einen unentbehrlichen Budesgenossen für die politischen Führer der Separationsbewegung geworden sind. Während sie früher auf eine unmittelbare Verwirklichung ihrer monarchistischen Ziele hinarbeiteten, haben sie jetzt Pläne auf weitere Sicht. Wien soll isoliert werden, die deutschen Grenzländer einem habsburgischen Ungarn überantwortet und die österreichischen Alpenländer Tirol und Salzburg zu Bayern unter der Herrschaft der Wittelsbacher geschlagen werden.

Ueber die Einzelheiten dieser Pläne und über die Fäden, die von München, Innsbruck und Budapest nach Rom und Paris laufen, soll einstweilen nicht gesprochen werden. Aber hervorhöben wollen wir doch, daß der Führer der Tiroler Heimatwehren, Dr. Steidle, der in engster Verbindung mit der „Orla" (die von Bayern organisierte bewaffnete Macht der Konterrevolution) steht, in einer seiner letzten Versammlungen erklärt hat: Auf ein Zeichen würde sich mit Tirol ein Teil der anderen Bundesländer von Wien lossagen. Die paar hundert Mann Reichswehr könnten dies nie verhindern. Die Sache werde von der Tiroler Heimatwehr schon gemacht werden. Tirol hänge wirtschaftlich einzig und allein mit Bayern zusammen. Als einziges Hemmnis nennt Steidle die Tiroler Sozialdemokratie, sie aber werde sich spalten, und die Mehrheit werde mit ihm sein.

Unser Innsbrucker Parteiblatt, die „Volkszeitung", wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Anmaßung. Sie schreibt: Steidle werde sich gründlich täuschen, wenn er glaube, die Sozialdemokratie vor seinen monarchistisch—reaktionären Parteikarren spannen zu können. Die Sozialdemokratie halte fest an der großdeutschen Republik und bis diese verwirklicht sei, an einem einigen Deutschösterreich. Gegen Hochverrat und Putschgelüste werde sie zu handeln verstehn.

Es ist symptomatisch für den Stand der Vorbereitungen der politischen und militärischen Geheimorganisationen der monarchistischen Separatisten, daß Dr. Steidle in aller Oeffentlichkeit von seinen Plänen sprechen kann. Vielleicht fühlen sich die Herrschaften deshalb so stark und mächtig, weil im Heimatbund der Königstreuen der Führer der „Orla", Herr Kanzler, mit den Trabanten des Generals Ludendorff gewisse Abmachungen getroffen hat, die auf ein Zusammenarbeiten des Heimatbundes der Königstreuen mit dem Bund der Kaisertreuen und dem Alldeutschen Verband hinauslaufen. Wenn auch Herr Kanzler als Mitglied und Vertrauensmann der klerikalen bayrischen Volkspartei von seinen Parteiführern einige Vorhalte bekam, weil er sich von den Alldeutschen für deren Pläne habe einfangen lassen, so mag man sich in München in den Kreisen der Klerikalen wohl deshalb mit den Alldeutschen abgefunden habe, weil man hoffte, später durch jesuitische Schlauheit den Spieß umdrehen zu können und die Alldeutschen dann letzten Endes für die Wittelsbachischen Pläne zu verwenden. Den Alldeutschen wird es dann gehen, wie dem Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat.

Der Rücktritt des Ministeriums Briand in Frankreich läßt die bayrischen Separatisten Morgenluft wittern. Sie hoffen, nicht ohne Grund, auf ein Ministerium Poincaré, und damit auf eine Stärkung der Richtung Paléologue, die wiederum eine stärkere Aktivität des französischen Gesandten in München, Baron de Dard, hinsichtlich der Unterstützung der bayrischen Separationspolitik auslösen wird. Herr Dr. Heim, der bisher immer noch nicht gewagt hat, auf die ihn zur Last gelegten Beziehungen mit den rheinischen Separatisten und deren französische Gönner zu antworten, wird sich schmunzelnd die Hände reiben. Aber noch ist ja alles im Fluß, und die bayrischen Monarchisten können leicht zu früh gejubelt haben. So wie Dr. Steidle auf die österreichische Sozialdemokratie als ein starkes Hemmnis für die reaktionären Pläne verwiesen hat, so wird auch das deutsche Proletariat mit aller Macht sich der Verwirklichung der separatistischen und monarchistischen Pläne entgegenwerfen.

Die Kundgebungen auf dem Leipziger Parteitag, der sich mit den separatistischen Plänen der bayrischen Reaktion befaßte, die Reden des Genossen Nickisch und die brüderliche Solidaritätskundgebung der französischen Delegation durch den Genossen Grumbach, mögen den Klerikalen und militärischen Reaktionären diesseits und jenseits des Rheins als warnendes Zeichen dienen.

Abschluß der Besoldungsbewegung?

Nachdem vorgestern die Verhandlungen mit den Staatsarbeitern wegen Aufbesserung ihrer Bezüge mit der Regierung zu Ende geführt worden sind, fanden im Anschluß hieran im Reichsfinanzministerium zwischen der Regierung und den Beauftragten der Beamtenspitzenorganisationen ebenfalls Verhandlungen über die Einkommensverbesserungen der Beamten statt. Zu einer Einigung zwischen den beiden Parteien ist es nicht gekommen. Von der Regierung wurde **die Erhöhung der Grundlöhne der Beamten rundweg abgelehnt** und vorgeschlagen, in die Beratung über eine Erhöhung der Teuerungszuschläge einzutreten. Nach dem Regierungsvorschlag sollen die Beamten auf die ersten 10 000 Mark ihres Gehalts plus dem Ortsklassenzuschlag vierzig Prozent anstatt wie bisher zwanzig Prozent Teuerungszuschlag erhalten. Auf den Betrag über 10 000 Mark soll der Zuschlag also nur zwanzig Prozent betragen. Dies bedeutet eine Aufbesserung von jährlich 2000 Mark. Hiervon sollen **für die oberen Beamten fünfunddreißig Prozent und für die unteren Beamten zehn Prozent Steuern abgezogen** werden. Eine Erhöhung der Kinderzulagen wurde abgelehnt. Diätare, Beamte im Vorbereitungsdienst, Pensionäre und Hinterbliebene sollen bei diesen Aufbesserungen entsprechend berücksichtigt werden. In den besonders teueren Orten sollen den Beamten besondere Zuschüsse gewährt werden. Vorschläge hierüber wurden noch nicht gemacht, doch hat sich die Regierung bereiterklärt, hierüber mit den Beamtenorganisationen zu verhandeln. — Die Regierung beabsichtigt, die Vorlage dem Reichstag bei seinem Zusammentritt zu unterbreiten.

Die Beamtenorganisationen haben den Vorschlag der Regierung abgelehnt, die Regierung aber scheint zu weiteren Zugeständnissen nicht bereit zu sein. Es ist daher fraglich, ob die Besoldungsordnung mit dieser Regelung ihren Abschluß erlangt hat.

Das Eisenbahnfinanzgesetz

Krise im Organisationsausschuß

Im Organisationsausschuß für die Reichseisenbahnen ist in der Sitzung am Donnerstag eine Krisis entstanden, die auf die Fortsetzung der Verhandlungen über das Eisenbahnfinanzgesetz nicht gerade von günstiger Wirkung ist. Bei der Frage, ob in den Verwaltungsrat lediglich aktive Eisenbahnbeamte entsandt werden können oder ob es möglich sei, auch **inaktive Beamte, die als Leiter von Eisenbahnerorganisationen tätig sind,** in den Verwaltungsrat zu delegieren, ist es zu einer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit zwischen den Gewerkschaften einerseits, der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und einem Teil der Mitglieder des Ministeriums auf der anderen Seite gekommen. Bei der Abstimmung über diesen Punkt siegte die Ansicht der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, jedoch nur deshalb, weil sich 5 Mitglieder des Ausschusses der Stimme enthielten.

Die Gewerkschaftsvertreter erblicken eine Brüskierung ihrer Person auch in der Tatsache, daß nach der Abstimmung Präsident Hammer über diese für die Gewerkschaftsvertreter wichtige Frage zur Tagesordnung überging. Inzwischen scheint man im Organisationsausschuß jedoch anderer Ansicht geworden zu sein, da man die Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, des Allgemeinen Eisenbahnverbandes und des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu der am heutigen Sonnabend stattfindenden Sitzung des Organisationsausschusses geladen hat. Ob die Vertreter dieser Verbände der Einladung folgen werden, war bisher noch unbestimmt.

Das Danaergeschenk

Von einem russischen Genossen wird uns geschrieben:

Die im Moskauer Gefängnis im Hungerstreik befindlichen Genossen haben also die Wahl: Sie werden sich entweder in die Gefängnisse einer der kleinen Kreisstädte begeben oder ins Ausland gehen müssen. Die Güte dieses Göttergeschenkes wäre zu prüfen. Die kleinen Gefängnisse der früheren Kreisstädte waren von jeher die größten Schmerzenskinder der Zentralgefängnisverwaltung der Sowjetrepublik. Größtenteils einstöckige Gebäude von durchdringender Feuchtigkeit, mit unmöglichen sanitären Zuständen und Verpflegungsverhältnissen, wie man sie sich schlimmer nicht denken kann, waren sie fast unbewohnbar. Deshalb wurde auch beschlossen, sie, wenn nur irgend möglich, zu liquidieren. Kriminalgefangene wurden vom Zentrum aus nie dorthin geschickt. Nun sollen in diese Städte, die weitab von den Hauptlinien der Eisenbahn liegen, unsere russischen Genossen gebracht werden, um dort, abgeschnitten von jeder materiellen Hilfe ihrer Freunde und Angehörigen, in den feuchten, kalten Gefängnislöchern begraben zu werden. . . .

Wie steht es aber nun mit der Fahrt ins Ausland auf Kosten der Sowjetrepublik, von der die Moskauer Meldung spricht? Auch diese Verbannung nach dem Auslande ist hart und grausam. Fern von der Heimat, getrennt von Frau und Kind, die der Not ausgesetzt in den Händen der Sowjetregierung bleiben, ohne Kenntnis der Landessprache, ohne Verdienstmöglichkeit, das sind die Aussichten für die verbannten russischen Genossen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Großmut der Sowjetregierung zu bewerten.

Wenn die alten Griechen jemand zum Tode verurteilten, so überließen sie dem Verurteilten selbst, die Todesstrafe an sich zu vollstrecken. Sie überreichten ihm einen Dolch, einen Strick und eine Portion Gift. Er durfte sich selbst die Todesart wählen.

Die kommunistischen Gewalthaber in Moskau scheinen sich an diesen Methoden ein Vorbild zu nehmen. Auch von ihnen ist zu sagen: „Fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen!"

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel des Genossen Renaudel in unserer heutigen Morgenausgabe hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Der Anfang des vorletzten Absatzes muß lauten: „Auf alle Fälle kann man kaum annehmen, daß Poincaré imstande ist, eine Politik zu treiben, die sich von der, die man Briand zum Vorwurf macht, wesentlich unterscheidet." Das Wörtchen „kaum" war durch ein technisches Versehen fortgelassen worden.

Preußische Ruhmeshallen-Kunst

Von Adolf Behne

Was ist Kunst? — Das ist bekanntlich nicht so ganz leicht zu sagen. Jedenfalls: vergoldete Dinge sind immer Kunst. Massiv goldene Dinge sind Gipfel der Kunst. Ein Gegenstand, an sich vielleicht langweilig, wird durch Vergoldung künstlerisch.

In der Architektur erkennt man die Kunst an den Säulen. Je mehr Säulen, um so mehr Kunst. Sind die Säulen aus Marmor, so ist es hohe Kunst . . . und sind sie gar vergoldet, so handelt es sich um höchste bis allerhöchste Kunst. Meist sind aber leider nur die Kapitäle vergoldet. Massiv goldene Säulen gibt es nur im Traum oder im Märchen. Bezeichnenderweise.

Woran erkennt man ein Museum? Es liegen zwei steinerne oder bronzene Sphinxe oder meist Löwen vor dem Eingang. Nicht etwa nur vor den Kolonialmuseen, sondern auch vor den Sammlungen europäischer Kunst. Fehlen die Löwen, so reitet wenigstens ein Landesfürst vor der Freitreppe spazieren.

Wofür ist ein Museum da? Karl Scheffler sagt in seinem so blutig gewordenen „Museumskrieg", in dem er als erstes Opfer fiel, sie wären ohne ein „für" da; sie wären nur da, um da zu sein. Für das Volk wären sie jedenfalls nicht da. Ach, ich wünschte, einige Museen wären für das Volk wirklich nicht da. — Davon später.

Der eine Flügel der Neubauten auf der Museumsinsel ist jetzt nahezu abgerüstet. Oh, wie steif, wie starr und leblos steht diese Prunkfassade mit den Säulen da! Wieder einmal die pompöse Tempelpracht für ein modernes Museum. Leerer Aufwand an Säulen. Aufgedonnerte Dicke und Mächtigkeit. Ein Bauen, als sei alles Bisherige auf dieser Insel noch nicht pathetisch genug — ja, als existierte es überhaupt nicht. Schinkel ist ein ganz kleiner Junge geworden. Jede städtebauliche Einstellung ist abgelehnt. Es ist aber ein Bombenwerk der Repräsentation mehr da! Und bekanntlich ist ja ein Museum in erster Linie zur Repräsentation da. Deshalb die vielen Säulen, schön wie Kanonenrohre. (Natürlich gehen diese Grundfehler der Anlage schon auf Messel zurück. Ludwig Hoffmann hat sie unterstrichen.)

Lehrreich ein Vergleich mit den neuen Museumsplänen Berlages für den Haag. Wie fein, wie beweglich ihre lockere Reihung; wie zurückhaltend ihr Maßstab; wie unpathetisch ihre Sachlichkeit! Am Ende ist ja doch ein Museum immer ein Magazin, bestimmt für Studien. Es hat also gar keinen Anspruch, auszusehen wie ein Edenhotel!

Selbstverständlich hat die Regierung recht und gut getan, als sie die Bauten auf der Museumsinsel weiterführte. Zu ändern war da nichts mehr. Das von Messel im Entwurf höflich, zartbyzantinisch angedeutete Reiterdenkmal Wilhelms II. wird sie möglicherweise unausgeführt lassen. Obwohl: woran soll man ohnedem erkennen, daß dies ein Museum ist? Irgendein großes Tier muß doch davor sein — ein Löwe oder ein Landesherr.

Anders liegt die Sache mit dem Schloßmuseum. Das ist ja eine eigenste Schöpfung der demokratisch-republikanischen Volksregierung. Dieses Museum hat sie nicht geerbt, sondern selbst geschaffen.

Und wieder frage ich: Wozu ist ein Museum da? — Ich finde für die Existenz des Schloßmuseums keine andere Erklärung, als die Absicht der demokratisch-republikanischen Volksregierung, das Volk zum künstlerischen Ungeschmack zu erziehen.

Es besteht — wenigstens in der preußischen Kunst — eine Beziehung zwischen Säule und Kanonenrohr. Vertragen sie sich nicht ganz prächtig an der Siegessäule? (Uebrigens: vergoldete Kanonenrohre!!!). Und ebenso besteht eine Beziehung zwischen Gold und Blut. Deshalb haßte der große Antimilitarist Paul Scheerbart das Gold.

Wer solche Beziehungen spüren will, gehe in das namentlich von der Schuljugend am meisten besuchte Museum: das Zeughaus mit seiner Ruhmeshalle. Ich verstehe nicht, daß nicht die demokratisch-republikanische Volksregierung diesen barbarisch-widerlichen Raum am ersten Tage ihres Bestandes geschlossen hat. Es gibt wohl keine Stelle der Erde, wo die Verkupplung von Brutalität, Blutrausch, Machtsucht und Herrscherdünkel mit Weihe, Kunst, Gold und Gott scheußlicher und widerwärtiger ist. Diese Ruhmeshalle ist eine Schandhalle. Es wird einem übel, wenn man ihre Galerie von monumentalen Schlachtbildern durchgeht. Jedes einzelne eine Lüge! Auf jedem reckt sich kühn ein General, ein Marschall, ein Fürst, ein Prinz, ein König; — umarmen, begegnen sich befriedigt die Großen der Erde — und immer liegt in der Ecke unten ein Haufe verdreckten, blutenden, sterbenden Volkes, das Hurra schreit. Und was noch widerlicher ist: in einer kirchlich-feierlichen Kuppel schweben im himmlischen Glanz alle christlichen Tugenden, und die paradiesischen Engel und Gottvater lächelt auf die Blutopfer der Hohenzollerndynastie mit einem schulfreien Sedanlächeln herab. Nein, es gibt keinen Punkt der Erde, der dümmer, schändlicher, widerlicher wäre — und die Kunst ist schmutzig mißbraucht, um ihn zu verherrlichen. Gold und Säulen, Blut und Kanonenrohre! Das Ganze ein ins Monumentale verzerrter Generalfeldmarschall- und Ordensschwindel!

Ich kann es wirklich nicht verstehen, daß eine demokratisch-republikanische Volksregierung zuläßt, daß sich die Jugend weiter mit diesen Mitteln vergiftet, daß dieses niederträchtige Propagandamittel der bankerotten Dynastie weiterwirken darf. Man wird doch nicht etwa behaupten, daß dies hier als „Kunstwerk" erhalten werden müßte? Es ist ja doch alles in allem das traurigste Verbrechen an der Kunst, das sich denken läßt . . . ein perverser Mißbrauch der Kunst! „Die Kunst", sagt Leo Tolstoi, „soll die Gewalt beseitigen". — „Die Kunst", sagt Wilhelm der Große, „soll die Gewalt verherrlichen."

Entweder muß diese Schandhalle geschlossen werden. Rücksichtslos müssen diese Schlächtereien abgeschlagen werden. Und nach einer vollständigen Erneuerung bestimme man den Raum einem anständigen, sinnvollen Zweck. Oder man benutze ihn als Propagandahaus gegen den Kriegs- und Heldenschwindel. Das ist nicht schwer zu erreichen. Es genügt, ein weiteres Bild ihm einzufügen: 1914—1918. Aber nicht von Anton von Werner gemalt, sondern von Otto Dix . . . und aller Schwindel wäre allen durchschaubar, der Nimbus verschwunden.

Aber ich glaube nicht, daß die demokratisch-republikanische Volksregierung etwas in diesem Sinne tun wird. Denn sie hat ja das Schloßmuseum geschaffen, damit das Volk sich noch tiefer versenken könne in den Zauber der Preußischen Kunst. Angeblich ein Museum für Kunstgewerbe, um das alte Haus in der Prinz-Albrecht-Straße zu entlasten. Ich habe mir unter einem Museum immer etwas möglichst Helles und Lichtes vorgestellt, weil ich glaubte, in einem Museum sollten die Objekte möglichst zur Geltung gebracht werden. Es sind ja höchst kostbare und auch manche schöne Dinge hierhergebracht worden; aber sehen kann sie kein Mensch. Dazu ist es, mit wenigen Ausnahmen, zu düster. Ueberhaupt sind diese Räume keine Museumsräume. Jedes Studium ist hier ausgeschlossen. Wenn die Republik einen Teil des Hauses für Museumszwecke nahm, so tat sie, was ihr gutes Recht ist. Sie lebt — und das Kaisertum ist aus! Warum baute sie nicht die erforderlichen Räume radikal für ihre Bedürfnisse um? Dies ist ja eine Parodie auf ein Museum! Hat nicht ein Museum immer noch mehr Recht auf Licht und Platz und Ellbogenfreiheit als der leere Prunk eines davongelaufenen Potentaten? Wenn ihr euch selbst so wenig Lebensrecht zuerkennt, dann dankt ab, Herrschaften! Steht wieder stramm und katzbuckelt, wenn ihr nicht einmal das bißchen Mut zu einem resoluten Eingriff in diese geheiligten Räume habt!

Aber da kommt wieder der Respekt vor der Kunst!!! Ich habe hier nichts von einer irgendwie des Erhaltens würdigen Kunst gefunden. Aber ich habe gefunden, daß es verdienstlich wäre, einmal diese ganze preußische Hofkunst abzubauen — rücksichtslos! Muffig, dumpf, protzig, aufdringlich, ohne jeden Schwung, materialistisch bis dort hinaus, kleinlich, eng — aber mit erstaunlich viel Gold. Nichts anderes diese ganze Flucht von Sälen . . . sogar den Thron der Herrschaften dürfen wir noch bewundern, durch eine Schnur in geziemender Distanz gehalten! als eine monumentalisierte „gute Stube", die „gute Stube" von „Kaisers".

Schlagt doch endlich mal diese „Kunst" herunter, damit die Kunst Luft bekommt! Macht diese toten

Die Abgesägten

Reaktionäre Angriffe gegen die sächsische Regierung

In der Sächsischen „Staatszeitung" hat die sächsische Regierung in einer Reihe von Artikeln, die zum größten Teil von den einzelnen Ressortministern selbst verfaßt worden sind, eine Rückschau über das verflossene Jahr ihrer Amtsführung veröffentlicht. Ein Dresdener Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau" benutzt diese Gelegenheit, um in einem Artikel über diese Berichterstattung die ganze Schäbigkeit der Polemik bürgerlicher Zeitungsschreiber zu enthüllen. Im Mittelpunkt der Betrachtungen des Dresdener Herrn steht der alte und schlechte Witz, daß man heutzutage um so eher Minister sein könne, je weniger man von den Angelegenheiten seines Ressorts etwas verstünde. Das hat der Mann in der reaktionären Presse schon so oft gelesen, daß es seinem armen Hirn als letzte und ewige Wahrheit erscheint, deren weitere Verbreitung erwünscht ist. Der Artikel selbst aber macht nicht im mindesten den Versuch, eine sachliche Einstellung zu zeigen und die Sachkunde des Herrn nachzuweisen. Was er vorträgt, sind demagogische Mätzchen, an die wir seit geraumer Zeit gewöhnt sind. Ueber unseren Genossen Fleißner schreibt er z. B. das folgende:

„Also der Herr Kultusminister Fleißner stimmt seine Ausführungen ganz auf die Beweisführung ab, daß er nur im Dienst einer Klasse steht und von Staatspolitik keinen Schimmer hat. Mit großer Beflissenheit betont er immer wieder, daß seine Arbeit in Kirchen- und Schulfragen auf den heftigsten Widerspruch in bürgerlichen, kirchlichen und politisch rechtsstehenden Kreisen gestoßen ist, ohne sich dadurch beschwert zu fühlen. Dem Haß gegen Religion und Kirche läßt er in seinen Ausführungen ungezügelten Lauf und gibt sich keine Mühe, sein Bedauern darüber zu verhüllen, daß Reichsverfassung und Reichsgesetz ihn hindern, das écraser l'infame in der Art der Revolutionsmänner früherer Zeiten zu betreiben. Ueberflüssig zu sagen, daß die Ernennung von Bezirksschulräten nur nach dem Parteimitgliedsbuch vorgenommen wurde und, trotz dem Lehrerüberfluß in Sachsen, gesinnungstüchtige Lehrer aus anderen Ländern eingestellt wurden, die sich dort in jeder Beziehung unmöglich gemacht hatten. Eine Kulturhöhe freilich, wie Sachsen, hat auch wohl kein anderes deutsches Land erreicht, da hier Lehrer unter Moralunterricht z. B. auch die schärfste Hetze gegen Automobilfahrer verstehen, so daß die sächsischen Schulkinder heute schon der Autoschrecken genannt werden, da sie die durch die Ortschaften fahrenden Automobile mit Steinen bewerfen und häufig in erhebliche Gefahr gebracht haben. Aber auch sonst hat der Kultusminister Fleißner mit Verordnungen nicht gekargt: 209 Verordnungen, so verkündet er den staunenden Genossen, hat er in 22 Nummern des Verordnungsblattes erlassen. Von alledem möchten wir der Nachwelt noch eine Verordnung erhalten, nämlich, daß er aus Ersparnisgründen verfügte, daß künftig, mit Ausnahme von Maschinisten und Heizern, für keinen Beamten des Kultusministeriums mehr Seife zum Händewaschen auf Staatskosten gegeben werden dürfe. Wenn dieser Herr Minister, der die Verfassung beschworen hat und in vertraulichen Versammlungen zum Sturz dieser Verfassung mit Mitteln der Gewalt aufhetzt, von dem Ministerpräsident Buck in öffentlicher Landtagssitzung mit der „feinen" Unterscheidung in Schutz genommen wird, daß er das nicht als Minister, sondern als Parteimann getan habe, so ist jedes weitere Wort überflüssig."

Ein weiterer Absatz über Lipinski ist von gleicher Art.

Es zeugt von einer beschämenden geistigen Armut und zugleich von der Unantastbarkeit der Amtsführung der sächsischen sozialistischen Regierung, wenn die erbittertsten Feinde der Arbeiterklasse eigentlich nichts an dieser Regierung auszusetzen finden, wenn sie sich damit begnügen müssen, derartige Hohlköpfigkeiten vorzutragen. Wir gehen auch nicht auf die Dinge ein, um uns mit diesem Dresdener Herrn sachlich auseinanderzusetzen, sondern nur, um zu zeigen, wie groß die Wut ist, die bei der Reaktion durch die energische Arbeit der sozialistischen Regierung in Sachsen ausgelöst wird. Und wenn der Herr Berichterstatter der „Täglichen Rundschau" findet, daß der Genosse Fleißner „nur im Dienst einer Klasse steht und von Staatspolitik keinen Schimmer hat", so unterscheidet er sich in diesem Punkte von den Ministern des alten Regimes nur insofern, als sie allerdings der Bevölkerung beständig etwas von „Staatspolitik" vorgeschimmert haben, um, gedeckt durch diese Täuschung, ihre Arbeit um so mehr in den Dienst einer Klasse zu stellen. Ein weiterer wesentlicher Unterschied liegt darin, daß sich die Klassenpolitik der Minister des ehemaligen sächsischen Potentaten ganz bewußt gegen das Interesse einer Klasse, nämlich des Proletariats, gerichtet war und nur im Sinne einer ganz kleinen Schicht von Besitzenden geführt wurde, während die Klassenpolitik eines sozialistischen Ministers ihrem ganzen inneren Wesen nach das Interesse nahezu der gesamten Bevölkerung in vorbildlicher Weise fördern muß. Wie groß die Mißwirtschaft des alten Regimes war, das zeigen gerade die 209 Verordnungen, die Fleißner in einem Jahre nötig hatte, um den Unrat zu beseitigen, der während der langen Dauer der reaktionären Herrschaft aufgehäuft worden war. Der Witz des Dresdener Herrn über diese 209 Verordnungen trifft also ihn selbst und seine abgesägten Freunde, die in ohnmächtiger Wut nach der Futterkrippe gieren.

Erfahrungen mit den Elternbeiräten

Auf eine sozialdemokratische Anfrage wegen der mit den Elternbeiräten gemachten Erfahrungen hat Kultusminister Boelitz folgende Antwort erteilt:

„Bei Einführung der Elternbeiräte im November 1919 ist den Schulaufsichtsbehörden aufgegeben worden, über die mit den Elternbeiräten gemachten Erfahrungen binnen Jahresfrist zu berichten. Die Berichte der Schulaufsichtsbehörden liegen vor. Danach ist festzustellen, daß die Einrichtung der Elternbeiräte eine Neuerung darstellt, die sich im allgemeinen bewährt hat. Der Zweck der neuen Einrichtung — die Heranziehung der Eltern zur Mitverantwortung, zur Beteiligung an den Erziehungsaufgaben der Schule, die Festigung des Vertrauens zwischen Eltern und Lehrerschaft — ist zwar nicht überall erreicht worden, doch ist man diesen Zielen im allgemeinen näher gekommen, und es kann festgestellt werden, daß vielfruchtbringende Arbeit in dieser Richtung geleistet worden ist. Im übrigen liegen in den Berichten der Schulaufsichtsbehörden eine Reihe von Anregungen vor, die auf Abstellung hervorgetretener Mängel und Verbesserungen einzelner Bestimmungen hinzielen. Wenn ich zurzeit davon absehe, grundlegende Aenderungen vorzunehmen, so geschieht es einmal mit Rücksicht auf die Provinzialschulkollegien und Regierungen, die ohnehin überaus stark durch mancherlei dringliche Aufgaben belastet sind, zum anderen in Ansehung des Umstandes, daß die Zeit, während der Erfahrungen mit dem Wirken der Elternbeiräte gemacht werden konnten, eine recht kurze ist. Es sollen vielmehr noch weitere Erfahrungen gesammelt werden. Gerüchte, daß an Stelle der Elternbeiräte ein Schulbeirat unter Heranziehung von Lehrern und Geistlichen von mir geplant sei, entbehren jeder Grundlage."

Es mag roh erscheinen, dieses Bild einer schönen Harmonie zwischen den zumeist sehr reaktionären Schulbehörden und den Elternbeiräten, an der sogar Herr Boelitz seine Freude hat, zerstören zu wollen. Aber es kommt uns dennoch die Frage in den Sinn: beweist diese Harmonie nicht doch vielleicht, daß manche Elternbeiräte ihre Pflicht nicht getan haben?

Die Danziger Frage

Neue Verhandlungen mit Polen

Genf, 13. Januar.

Die in der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrates angebahnten Verhandlungen zwischen den hier weilenden Delegierten Danzigs und Polens über die Verwaltung der Stromweichsel führte zu einem polnischen Vorschlag, wonach bei polnischer Verwaltung der Freien Stadt Danzig eine Reihe von Garantien zur Wahrung ihrer Rechte angeboten wird. Bekanntlich soll nach einem Entscheid des Oberkommissars Haking die Stromweichsel unter der Verwaltung des Hafenausschusses bleiben, wogegen Polen beim Rat des Völkerbundes protestiert hatte. Da der Rat trotz der klaren Rechts- und Sachlage jetzt noch keinen Entscheid zu fällen wünschte, erklärte er sich durch Abstimmung damit einverstanden, daß über den polnischen Vorschlag neue Verhandlungen in Danzig eröffnet werden. Präsident Sahm hob aber nachdrücklich hervor, daß er angesichts der klaren Rechts- und Sachlage nur aus dem Geist der Versöhnlichkeit, der der Danziger Abordnung eigen sei, neuen Verhandlungen zustimme. Die Abordnung wird Genf morgen verlassen.

Spiel mit Menschenleben

Der Kriminalbetriebsassistent und sein sechzehnjähriges Opfer

In unserer Donnerstagabendausgabe geißelten wir den leichtfertigen Waffengebrauch etlicher Polizeibeamte. Wir wandten uns besonders gegen den bei der jetzigen Polizei üblichen Menschenleben gefährdenden Unfug, hinter fliehenden Personen her zu schießen. Wir betonten ausdrücklich, daß eine Nachprüfung der Fälle, in denen Beamte von der Waffe Gebrauch machen, fast in allen Fällen ergeben würde, daß ohne Waffengebrauch das Ziel der Beamten leichter zu erreichen gewesen wäre. Die Beamten wissen aber anscheinend, daß ihnen auch bei leichtfertigem Waffengebrauch nichts passiert, und daher kommt es, daß die Fälle nicht abnehmen. Vielleicht gibt es sogar Dienststellen, die schießlustige Beamte als besonders schneidig bevorzugen, und so die Beamten zum Waffengebrauch provozieren.

Anders ist es völlig undenkbar, wie solche Fälle vorkommen, über die wir berichtet haben. Der eine von uns geschilderte Fall des Niederschießens des 16jährigen Burschen in Weißensee, Wörthstraße, ist, wie sich aus nachträglichen Feststellungen ergibt, ganz besonders geeignet, die Untauglichkeit gewisser Beamter zum Polizeidienst zu kennzeichnen. Es wird uns mitgeteilt, daß sich zur Verhaftung des Burschen nicht weniger als drei Beamte eingefunden hatten, die im Moment, als sie den Burschen vor sich sahen, nichts anderes zu tun wußten, als zu rufen, „da ist er ja!" Der Junge, dadurch erschreckt, ließ den Wagen, den er bis dahin gezogen hatte, los und wollte davonlaufen. Er kam aber nur etwa zwei Meter weit, als er, von den Kugeln des Beamten Zimmermann getroffen, zusammenbrach. Zur Zeit liegt er hoffnungslos im Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Weißensee.

Wenn man vorläufig von der von dem schießwütigen Beamten nach der Tat an den Tag gelegten Roheit absehen will, ergibt sich aus der uns gegebenen Darstellung ganz zweifellos, daß hier großer Mißbrauch der Waffe vorliegt. Von den Angehörigen des Niedergeschossenen ist Strafantrag gegen den schuldigen Beamten gestellt worden. Zeugen, die sich zur Genüge zur Verfügung gestellt haben, sind gewillt, vor dem Gericht zu beweisen, daß es sich um einen platten Totschlag handelt.

Wir sind gespannt, ob die vorgesetzte Behörde ihrerseits gegen den Beamten einschreiten, oder ihn auch fernerhin auf Menschen loslassen wird. Ueber den Ausgang des Strafverfahrens werden wir berichten.

Diese Vorkommnisse, in Verbindung mit den von uns in der Freitagmorgenausgabe der „Freiheit" geschilderten, beweisen, daß unser Polizeiapparat schleunigst einer großzügigen Reform unterzogen werden muß. So wie die Schupo heute ist, ist sie eine öffentliche Gefahr.

Die Straßenhändler gegen den Steuerdruck

In einer am Sonntag, den 8. Januar 1922, in der Käthe-Kauf, Große Frankfurter Str. 117, stattgefundenen öffentlichen Versammlung der ambulanten Händler Groß-Berlins, fanden folgende Resolutionen einstimmige Annahme.

I. „Die heutige, von etwa 1000 ambulanten Gewerbetreibenden besuchte öffentliche Versammlung protestiert aufs Schärfste gegen die rigorosen Maßnahmen der Steuerbehörden gegen den Beruf der ambulanten Gewerbetreibenden.

Die Versammelten empfinden es als schikanös und unwürdig, daß gerade der primitivste Kleinhandel durch das Ein- und Verkaufsheft auf jeden verkauften Schnürsenkel, jeden Apfel kontrolliert wird.

Aus diesem Grunde verlangen die Versammelten unter Heranziehung der Organisationen, derartig wichtige Fragen zu erledigen und die gesetzlichen Bestimmungen betr. Umsatzsteuerheft und Einkaufsheft einer Remedur zu unterziehen.

Ferner bedeutet es Erdrosselung unseres Berufes, daß gerade der wirtschaftlich schwächste Händler — welcher der Staat zu unterstützen verpflichtet wäre — seine Umsatzsteuern im viertel Jahr im Voraus und die Wandergewerbesteuer sogar das ganze Jahr im Voraus zahlen muß — während bei Millionenunternehmungen die Höhe der Steuer erst nach Jahren festgestellt wird.

Die Versammelten protestieren weiter gegen die ganz ungeheuerliche Erhöhung der Wandergewerbesteuer um 500 bis 2000 Prozent, da dieser Tribut dem Totengräber des Wandergewerbes gleich kommt und keineswegs gesetzlich begründet werden kann."

II. „Die heutige öffentliche Händlerversammlung erblickt in der schikanösen Anwendung des Umsatzsteuergesetzes sowie in der jeder rechtlichen Unterlage entbehrenden Hinaufschraubung der Steuersätze für Wandergewerbe eine bewußte Erdrosselung der Kleingewerbetreibenden zugunsten der seßhaften Geschäftsleute.

Sie sind überzeugt, daß dieses nur möglich war, weil die Händler sich nicht auf einer gemeinsamen Basis in einem alles umfassenden freigewerkschaftlichen Verband vereinigen konnten.

Sie sind von dieser Notwendigkeit jetzt überzeugt und beauftragen die Führer ihrer Verbände, keine Mittel unversucht zu lassen, diese Einigung in den Januar-Konferenzen herbeizuführen."

Siedelungsgefahren

Uns wird geschrieben: Welche ungeheuren Schwierigkeiten dem vielgepriesenen Siedelungswesen entgegenstehen, kann niemand im entferntesten ahnen, weil durch die jahrelange Propaganda durch Behörden und Interessenten allgemein der Glauben erweckt wurde, daß auch Mittellosen und Minderbemittelten durch Gewährung von Ueberteurungszuschüssen und sonstigen Beihilfen die Möglichkeit zur Siedelung gegeben ist. Leider ist das nicht der Fall. Es gibt nicht wenige Fälle, bei denen Siedelungslustige ihre ganzen Ersparnisse verloren, weil sie nicht in der Lage waren, die Gelder aufzubringen, die notwendig sind, um eine ertragsfähige Siedelung fertig zu stellen. Die Nutznießer sind dann jedesmal bemittelte Siedelungslustige.

Besonders kraß trat diese Tatsache bei der Siedelung Bötzow bei Berlin in Erscheinung. Die Siedler hatten mit der Märkischen Heimstättensiedlung einen festen Finanzierungsplan vereinbart, allerdings erst nach der üblichen Bezahlung für Land und Umbau. Trotz nachträglicher Erhöhung der Anzahlung machte der Ausbau keine Fortschritte. Immer neue geforderte Zahlungen konnten von den Siedelungslustigen nicht mehr geleistet werden, als eine lohnende Bewirtschaftung der Siedelungen auch durch die hohen Kosten sich als unmöglich herausstellte, mußten viele ihre Hoffnungen fahren lassen, und von der erworbenen Scholle, die vorher ihre Ersparnisse, auch meist schon eine Unmenge Arbeitskraft aufgezehrt hat, verlassen. Sie müssen noch froh sein, wenn sie einen besserbemittelten Siedler finden, der ihnen die Lasten, die auf der angefangenen Siedelung ruhen, abnimmt.

Nach diesen Erfahrungen kann allen Siedelungslustigen nur dringend empfohlen werden, vor Uebernahme irgendwelcher Verpflichtungen, sich durch Fachleute beraten zu lassen. In vielen Fällen wird sich dann leider ergeben, daß Arbeiter nicht die Mittel aufbringen können, die eine Siedelung voraussetzt.

Zustimmung zur Mietekündigung. Unter dem 10. Dezember hat das Mieteinigungsamt Berlin eine allgemeine einstweilige Anordnung erlassen, in der den Vermietern für bestimmte Kündigungsfälle zum 1. April 1922 die vorläufige Zustimmung zur Kündigung gegeben wurde. Für die Verwaltungsbezirke Neukölln, Treptow, Lichtenberg, Cöpenick, Pankow und Reinickendorf sind bereits vorher ähnliche zum Teil noch weitergehende Anordnungen von den dortigen Abteilungen des Mieteinigungsamts veröffentlicht worden. Es sind nun Zweifel darüber laut geworden, ob die Kündigungen auf Grund der letzteren Anordnungen wirksam sind. Wie das Magistratskorrespondenz jetzt mitteilt, behalten die in den genannten Verwaltungsbezirken erfolgten diesbezüglichen Bekanntmachungen ihre Geltung auch insoweit, als sie über den Rahmen der von der Zentrale des Mieteinigungsamts erlassenen Anordnungen hinausgehen.

Räume euch nutzbar. Es wäre eine Tat gewesen, gerade hier neue, lichte, unserem Lebensgefühl entsprechende Räume für alle zu schaffen, und wenn noch viel mehr hätte zum Kuckuck gehen müssen, als jetzt ehrerbietig geschont wurde. Dieses Museum wird nichts anderes erreichen, als daß devote Naturen beglückt sein werden, ihren Fuß auf dieses Parkett setzen zu dürfen, und daß viele, viele Menschen sich werden von neuem einpauken lassen — Kunst: das ist Gold . . . Säulen . . . mythologischer Zinnober . . . und jedes dumme Prachtgeflunker. Kunst ist dort, wo man „Ah!!" schreit. Und dieses Prachtgeflunker, wer ermöglichte es den Geistern, die hier thronten? Jene armen Teufel, die auf den Bildern der Ruhmeshalle rechts unten in der Ecke bluten und Hurra schreien!

Um es noch einmal zu sagen: Hier ist nicht ein Raum, der aus künstlerischen Gründen verdiente, erhalten zu werden. Freilich, ich habe nicht alle gesehen. Für die Paradekammern 1 Mark Extra-Entree zu zahlen, obwohl ich eine Studien-Freikarte für die Museen der demokratisch-republikanischen Volksregierung besitze, konnte ich mich nicht entschließen. Am Ende muß man dann für das Allerheiligste abermals extra blechen? Soviel ist mir der Basar nicht wert! Ich kam nur bis zum „weißen Saal". Oh, Himmel, das ist ein Architektur-Juwel!!! Wilhelm, der Eroberer, hatte ihn durch seinen Hofbaurat, der auch die „Linden" durch seine Bibliothekskuppel verschandelt hat, erneuern lassen. Von diesem stammt auch die Treppe, auf der man vor lauter Säulen die Stufen nicht sieht! Kitsch in höchster Potenz!! Aber wundervoll viel Gold! — „Ah!"

Verläßt man dieses erbauliche Museum durch das Eosander-Portal, so bumst einem das Nationaldenkmal schmerzlich an den Schädel. (Also auch vor diesem Museum ein Landesfürst und sogar vier Löwen! Es ist freilich auch das Schloßmuseum!) — Das Zusammenstoßen mit diesem Bronzehügel ist so böse, daß ich verstehe, weshalb Wilhelm das Schloß lieber durch ein anderes Portal zu verlassen pflegte. — Ich schlage übrigens vor, an dem Portal, durch welches er dieses Haus zum letzten Male verließ, eine Gedenktafel anzubringen, natürlich vergoldet! Und vergolden lassen kann sich diese ganze Museumspolitik!!!!

Der fünfte Melos-Abend. Ein ganz wundervolles Kammermusikwerk wählte Fritz Windisch für seinen fünften Melos-Abend: Ein nachgelassenes Quintett für vier Blasinstrumente und Klavier von N. Rimsky-Korssakow. Da sah man, wie es keiner „gewollten" Musik bedarf, um modernen Menschen eine Freude zu bereiten. Im Gegenteil: wieviel Anlehnung spürte man im russischen Werk, und doch war alles schmerzvoll und lustig-russisch. Die Seele bricht eben durch, wo sie vorhanden ist.

Zwei Sätze waren es. Der erste eine traurig-große Einleitung, eine Wagnerträumerei mit Ganz-Leitetönen und ewig schönen Nachahmungen, ein symphonisch-opernhaftes Klagen der Bläser, eine Einleitung — zum zweiten humorvollen Teil, einem Maskenscherz mit Fagott-Dudelsack und Rondoüberholungen, mit Lachen und Frühmorgen-Sehnsucht.

Und wie hübsch und versonnen wurde gespielt! Die Herren Hendrik de Vries, Woldemar Conrad, Louis Scheiwein, Georg Böttcher (Bläservereinigung der Staatsoper) und James Simon gaben ihre schönste Kunst her, so daß man am liebsten das Werk noch ein drittes Mal hätte hören mögen. Besonders der Pianist hielt alles innig-gefühlvoll zusammen und rundete das Ganze mit vollendetem Geschmack ab. **Arno Nadel**

Tages-Notizen

Sprech-Chor für die Proletarischen Feierstunden. Morgen, Sonntag früh ½9 Uhr, im Großen Schauspielhause Probe. Montag, abends ½8 Uhr, besonderer Uebungsabend in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße.

Das 8. Konzert der Volksbühne findet Sonntag mittags ½12 Uhr im Theater am Bülowplatz statt. Mitwirkende: Der Berliner Lehrergesangverein unter Leitung von Professor Hugo Rüdel, Alexander Kropholler (Cello), Wilhelm Scholz (Klavier).

Erstaufführungen: Deutsches Th.: 20. Tartüff. Scapins Schelmenstreiche. — Th. am Kurfürstendamm: 20. Der große Bariton. — Th. des Westens: 20. Der Tanz ins Glück. — Schloßpark-Th. Steglitz: 20. Des Meeres und der Liebe Wellen. — Volksbühne: 21. Ueber die Kraft 1. Teil.

Die Große Volksoper bringt am Dienstag im Großen Hause des Schloßparktheaters Steglitz Verdis Oper „Rigoletto" zur Aufführung. Anfang 7 Uhr.

Orpheus im Großen Schauspielhaus. Die Verträge mit den Hauptdarstellern sind verlängert, die Fortsetzung der Aufführungen ist damit bis zum 31. Januar ermöglicht.

Opernabende im Marionettentheater Neukölln, die im Vorjahre bei den Erwachsenen großen Anklang gefunden haben, veranstaltet das Bezirksjugendamt Neukölln auch in diesem Jahre in der Aula des 1. Lyzeums, Neukölln, Berliner Straße 8-10. Zur Aufführung gelangen am 17., 20. und 21. Werke von Mozart und Offenbach, am 24., 27. und 28. Jan. von Oskar Strauß, Pucci und Pergolese. Anfang 7½ Uhr. Karten 3 M. im Neuköllner Rathaus, 2 Tr., Zimmer 278 und an der Abendkasse.

Ausstellungen. Die Kunsthandlung Fritz Gurlitt eröffnet am Montag eine Kollektiv-Ausstellung von Lovis Corinth, in der Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen aus den Jahren 1888—1922 gezeigt werden. — Reinhold Ewald (Hanau) hat in der Galerie Möller eine Kollektivausstellung veranstaltet. Otto Herbig (Berlin) stellt gleichzeitig Handzeichnungen aus. — Die Ausstellung der Kornschener, die wir hier besprachen, befindet sich Wilmersdorfer Str. 55-56, Ecke Pestalozzistraße und wurde bis zum 20. d. M. verlängert. — In der Galerie Dr. Goldschmidt — Dr. Wallerstein, Schöneberger Ufer 36a, sind neue Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen von Lyonel Feininger ausgestellt.

Im Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen gelangen neue graphische Arbeiten von Max Slevogt zur Ausstellung. Daneben bleiben die Ausstellungen des graphischen Werkes von Lovis Corinth sowie der niederländischen Landschaftszeichnungen des 16. und 17. Jahrhunderts bis auf weiteres bestehen.

Für die Internationale Frauenliga f. Frieden u. Freiheit spricht Dienstag, 8 Uhr, im Humboldt-Klub, Tauentzienstr. 7, Käte Weber über „Lebensgesetz u. Völkerproblem".

Gewerkschaftliches

„Klassenkämpferische" Verbände

In unsere so triste Zeit wirkt ein gelungener Scherz wohltuend. Und wer eine ganz besondere Sorte von Humor — unfreiwilligen natürlich — genießen will, der versuche das in weitesten Kreisen unbekannte Käseblättchen, genannt Zentralblatt des übergelben Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände zu erlangen. Er nehme es getrost in die Hand, denn jede Seite ist interessant.

Die Nr. 24 vom 31. Dezember hat es besonders in sich. — Wir erfahren da von einem ungeheuerlichen „Attentat der Gewerkschaftskönige", das gegen die nationalen Verbände geplant ist. Was sind das für neue Potentaten? Das sind die Führer der „klassenkämpferischen Verbände". Nun wird der Leser begierig sein zu erfahren, welche Organisationen unter den klassenkämpferischen rangieren. Und mit Staunen wird er erfahren, daß es vier an Zahl gibt und zwar sind dies: unsere freien Verbände, die Christen, die Hirsche und die — Polnische Berufsvereinigung.

Wir erfahren eine Spalte weiter, daß die christlichen Gewerkschaften einen — „sozialistischen Charakter" haben und können uns zum Schluß erbauen an einer Zielrichtung, der „zur christlichen Volksgemeinschaft" führt, dessen Verfasser ein Münchener Pater ist. Da heißt es u. a.:

„Klassenkampf und Wirtschaftskampf sind mit dem Christentum unvereinbar, dürfen deshalb nie vom Zaun gebrochen, müssen mit aller Sorgfalt hintangehalten werden. Behaupten, daß sie zum Wohl und Fortgang der Menschen unentbehrlich und darum zu pflegen sind, hieße den Bankrott des Christentums erklären. Interessengegensätze werden stets vorhanden sein. Aber es gilt sie auszugleichen vom Boden der christlichen Moral aus, nach den Normen der Gerechtigkeit, Billigkeit und Liebe, aber nicht nach den Gesetzen des Kampfes, der Habsucht, der Lüge, des Neides, der Rachsucht und des Brudermordes."

In Ewigkeit Amen! Nun gehe jeder Gewerkschafter hin und tue Buße, auf daß er komme ins Himmelreich — des bayerischen Jesuiten, sonst steht uns das Ende der Welt bevor . . .

Internationale Seeleutekonferenz in Hamburg

In der Nachmittagssitzung am 12. November wird die folgende weitere gegen Havelock Wilsons Machenschaften gerichtete Resolution angenommen:

„Die Konferenz der Seeleute-Organisationen von Belgien, Großbritannien, Deutschland, Schweden, Holland und Norwegen erhebt — nach Entgegennahme eines eingehenden Berichtes von J. Döring (Deutscher Transportarbeiter-Verband), über die Unterredung zwischen Havelock Wilson (England) und Hugo Stinnes, dem deutschen Industriellen, sowie nach Vorlage von Abschriften der zwischen beiden gewechselten Korrespondenz — schärfsten Protest gegen das Vorgehen von Havelock Wilson, der durch sein Herantreten an diesen bekannten und erklärten Feind der organisierten Arbeiterschaft versucht, sich zu rehabilitieren und wieder mit den deutschen Seeleuten in Verbindung zu treten.

Die Konferenz fordert das Bureau der Internationalen Transportarbeiter-Föderation auf, das würdelose Schreiben Havelock Wilsons an Stinnes, das den bisherigen Bloßstellungen dieses sogenannten Gewerkschaftsführers noch eine weitere hinzufügt, sofort international an die weiteste Oeffentlichkeit zu bringen. Wilson, der den Verkehr mit den Führern der deutschen Seeleute ablehnt, sucht sich diesem Ueberkapitalisten zu nähern, der sich offen des Druckes rühmt, den er auf die deutsche Admiralität ausgeübt hat, um den uneingeschränkten Gebrauch der U-Boot-Waffe während des Krieges durchzusetzen.

Die Konferenz fordert demzufolge alle diejenigen Seeleute-Verbände, die Havelock Wilsons Organisation noch angeschlossen sind, auf, sich unverzüglich von ihm loszusagen und sich der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, als der einzigen Vertreterin der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, anzuschließen."

In der weiteren Diskussion wird von allen Seiten die unbedingte Notwendigkeit engster Zusammenarbeit zwischen den Seeleuten und der übrigen Transportarbeiterschaft betont. Nur dadurch kann dem kombinierten Angriff der Unternehmer auf die Löhne wirksam entgegengetreten werden. Die Interessen der Verkehrs-, der Hafenarbeiter und der Seeleute sind untrennbar mit einander verbunden. Die Internationale kann nur wirksam in Aktion treten als logische Zusammenfassung und Krönung einheitlicher nationaler Transportarbeiter-Organisationen.

Mit Nachdruck wird von mehreren Delegierten hervorgehoben, daß die Seeleute nicht nur für ihre eignen Berufsinteressen, sondern für die Interessen der Gesamtarbeiterschaft einzutreten und gemeinsam mit allen übrigen Arbeitern den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung durchzuführen haben.

Mit Worten des Dankes an die deutschen Seeleute für den Empfang, den sie den ausländischen Kollegen bereitet haben, schließt der Vorsitzende die Konferenz.

Das neue Arbeitsrecht

In einer allgemeinen Funktionärversammlung des Zentralverbandes der Angestellten, am Donnerstag, hielt Körpel ein groß angelegtes instruktives Referat über die arbeitsrechtlichen Verordnungen seit 1918 und das geplante neue Arbeitsrecht. Der Referent erörterte eingehend die Regierungsentwürfe zur Schlichtungsordnung, zum Tarifvertragsgesetz usw. und wies auf die bestehende Gefahr hin, daß aus dem versprochenen Arbeitsrecht aus einem Guß, ein Arbeitsunrecht entstehen könne. Ganz besonders erörterte Körpel die drohende Gefahr der Aufhebung der verschiedenen Demobilmachungsvorschriften im März d. J., ohne daß Arbeiterschutzgesetze in Wirksamkeit getreten seien. Ueberall sei aufklärend von den Funktionären zu wirken, durch wuchtige Kundgebungen müsse die Arbeitnehmerschaft es durchsetzen, daß diese arbeitsrechtlichen Verordnungen unbedingt bis zur Inkrafttretung des neuen Arbeitsrechtes in Kraft bleiben. Bei der Beratung der verschiedenen arbeitsrechtlichen Gesetzentwürfe müsse die Arbeitnehmerschaft auf der Hut sein und mit aller Energie gegen eine geplante Rechtlosmachung und Knebelung im Interesse der Unternehmer Sturm laufen. — Wir wollen nur hoffen, daß sämtliche Gewerkschaften zum Nutzen ihrer Mitglieder und Segen der ganzen Arbeiterklasse sich mehr als bisher mit dieser Frage beschäftigen und ihre Mitglieder beizeiten auf die drohenden Gefahren aufmerksam machen.

Streik der Steinholzleger

Die Steinholzleger und -helfer von Groß-Berlin befinden sich seit dem 1. 1. 22 im Streik. Der allgemeine Streik sämtlicher Bauarbeiter ist beendet, außer unserer Sektion; also demnach streiken die Steinholzleger und -helfer weiter. Wir bitten die Kollegen Bauarbeiter, strengstens darauf zu achten, daß auf keiner Baustelle Streikarbeit ausgeführt wird. Nur mit eurer Unterstützung ist es uns möglich, den Kampf zum siegreichen Ende zu führen. Etwa vorkommende Fälle betreffend Streikbruch sind sofort der Streikleitung zu unterbreiten. Deutscher Bauarbeiter-Verband. Gewerkschaftshaus, Engelufer 24-25, Zimmer 58. Telephon 4093.

Streik der Sattler. In der „TAUF" (Theater-Ausstattungsfirmen) ist es am Dienstag, den 10. Januar, zum Ausstand der dort beschäftigten Handwerker, Hilfsarbeiter, Frauen und sonstig Beschäftigten gekommen. Die Löhne für die beteiligten Handwerker bewegen sich zwischen 8,10 M. und 9,40 M., die der weiblichen Arbeiter betragen 4,10 M. bis 8,90 M. Durch Schiedsspruch im Dezember wurde den Beschäftigten eine Wirtschaftsbeihilfe von 600 M. für den Monat Dezember zugesprochen. Die als führend in Betracht kommende Firma „Baruch" lehnte dies sowie eine im Januar gestellte Forderung der dort Beschäftigten ab. Da die oben angeführten Löhne für die heutigen Verhältnisse vollständig unzureichend sind, kam es zum Ausstand und bitten wir die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe größte Solidarität zu üben und Arbeit nicht anzunehmen. — Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller.

Parteiveranstaltungen

15. Distrikt (Gesundbrunnen). Ordner heute abend 7 Uhr bei Ernst, Bellermannstr. 2-3. Sammelpunkt Sonntag früh 8½ Uhr zur internationalen Kundgebung auf der Christiania-Promenade.

Sonntag, 15. Januar

4. Distrikt. 2. Verwaltungsbezirk (Westen). Zur internationalen Kundgebung treffen sich die Genossen und Genossinnen früh 8½ Uhr Dennewitz-Platz. Abmarsch 9 Uhr.

11. Distrikt. Treffpunkt zur Demonstration nicht ¾10, sondern 9 Uhr pünktlich Königstor. Treffpunkt zum Rückmarsch Friedrichstraße, Ecke Johannisstraße nach der Kundgebung.

13. Distrikt. Sammelpunkt für sämtliche Genossen Falkplatz. Abmarsch 9 Uhr. Banner und Fahnen mitbringen.

18. Distrikt. 2. und 3. Abteilung. Vorm. 8¼ Uhr Flugblattverbreitung von Beez, Gablerstr. 16.

29. Distrikt (Kreuzberg). Die Genossen treffen sich nach der Kundgebung zum Heimmarsch in der Karlstraße bei dem Distriktsbanner.

Montag, 16. Januar

15. Distrikt (Gesundbrunnen). Kommunale Kommission. 7 Uhr Schule Christianiastr. 4—6, Zimmer 18.

Vereinskalender

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin E. V. Am Sonntag, 15. Januar, stehen sämtliche Abteilungen im Dienst. Die Abteilungsleiter haben die zuständigen Versammlungslokale ordnungsmäßig zu besetzen. Sämtliche Ausweise gelten nur noch bis zum 1. Februar. Ab 1. Januar sind nur die neuen Klappkarten-Ausweise mit abgestempeltem Lichtbild gültig. — Abt. 1. Besonderes. Die Versammlung am 15. Januar fällt aus. Nächste Versammlung wird durch die Presse bekanntgegeben. — Abt. Norden. Mitgliederversammlung am Donnerstag, 19. Januar, abends 7 Uhr, Schulaula, Bernauer Str. 58—61.

Sonntag, 15. Januar

Soz. Proletarier-Jugend Neukölln-Britz. Beteiligung an der internationalen Kundgebung. Treffpunkt 8 Uhr Hermannplatz.

Montag, 16. Januar

Zentralverband der Angestellten. Elektro-Kleinhandel. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7-10. — **Fachgruppe: Baugewerbe, Bergbau. Sektion: Steine und Erde.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Zweigbureau, Kommandantenstr. 62-64. — **Krankenkassen-Angestellte.** Nachm. 4 Uhr Mitglieder-Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59. — **Bergmann-Konzern.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — **Baumwoll-, Leinen-, Kleiderstoff.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. — **Seifenhandel.** Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. — **Hüte und Mützen.** Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung im Zweigbureau, Kommandantenstr. 62-64. — **Pelzwaren.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Zweigbureau, Kommandantenstr. 62-64. — **Briefumschlag, Kartonnagen, Stein- und Kunstdruckbranche.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bezirk 6 (Hallesches Tor). Abends 6 Uhr in Gliesings Festsälen, Wassertorstr. 68. Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: Kollege Polenske. 2. Neuwahlen. Rege Beteiligung wird erwartet. — Die Bezirksleitung.

Verband der Sattler. Achtung Kleber und interessierte Kundenarbeiter. Abends 7 Uhr Versammlung, Neue Schönhauser Str. 23-24. Erscheinen unbedingt notwendig.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebich[illegible], Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henzel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kömeriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. Berlin. — [illegible] Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Haus Oranien Elektromedizinische Anstalt u. Höhensonnenbad erst. Ranges unter Leitung v. Ärzten, auch einer Ärztin — Oranienstraße 37 — gewährt vermittels Hochfrequenz, Diathermie, Lichtbäder, Höhensonnen usw., größte Heilerfolge gegen Grippe und nachfolgende Schwäche, Epilepsie, Nervenleiden aller Art, Tuberkulose, [illegible]stungen, engl. Krankheit, Rheumatismus, Ischias, Gicht u. a. — 15 Behandlungen von M. 100.— an — Prospekte und Auskünfte kostenlos.

G. SINOWJEW

Alte Ziele - Neue Wege (Ueber die proletarische Einheitsfront)
INHALT: Vor einer neuen Welle / Um die Frage der Einheitsfront / Der Stand der Frage in den verschiedenen Ländern / Auf die Gefahren achten
31 Seiten Preis brosch. 2.— Mark — Für Organisationen 1.50 Mark —

Die Taktik d. Kommunistisch. Internationale (Rückblick auf die Arbeiten des III. Weltkongresses der K. I.)
INHALT: Die allgemeine Linie der K. I. Die rechten und die linken Tendenzen Deutschland / Italien / Frankreich Tschechoslowakei / Schlußfolgerungen
77 Seiten Preis brosch. 5.— Mark — Für Organisationen 3.50 Mark —

Verlag: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley / Hamburg

Anfang nächster Woche erscheint in unserem Verlage:
KARL KAUTSKY
Irland
ca. 32 Seiten Preis etwa 5.— M.
Aus dem Inhalte heben wir hervor: 1. Irlands frühere Geschichte. 2. Der Abstieg im 19. Jahrhundert. 3. Der Aufstieg im 19. Jahrhundert. 4. Irland im 20. Jahrhundert: a) Ulster; b) Die neuen revolutionären Faktoren; c) Der Fliegerkrieg; d) Die Versöhnung. 5. Ausblick in die Zukunft: a) Die Wirkung der irischen Lösung auf Irland. b) Die Wirkung der irischen Lösung außerhalb Irlands.
Bestellungen werden sofort erbeten
Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2 ▪ Breite Straße 8-9

Jeder Genosse kommt einmal in die Lage :: inserieren zu müssen ::
Denke dann an die „Freiheit"

Möbel kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei **Neugebauer** Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128 I, E. Schillerstr. Kein Laden

Soeben erschienen!
Geschichte der USPD.
Von Eugen Prager
In dauerhaftem Halbleinenband 50.— Mark
Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Heinrich Heine
Die soziale Weltrevolution enthält die berühmten prophetischen Ausblicke
Dieser Band ist noch von der Erstausgabe der Vermischten Schriften von 1854 vorhanden und kann wegen der Pariser Briefe als eine besondere literarische Denkwürdigkeit angesehen werden!
Preis 12.— Mark
Leinenband 15.— Mark
Buchhandlung „Freiheit" Berlin, Breite Str.

Speditions-Verlegung
Die Spedit. Müller-Hohenneuendorf befindet sich jetzt
Emmastraße 4.

Botenfrauen sofort gesucht
Hauptexpedition C. 2, Breite Straße 8-9
Spedition Jordan Dresdener Straße 24
Tour: Oderberger Straße Eberswalder Straße
Spedition Sinner Skalitzer Straße 101
Spedition Kolbe O, Weberstraße 25
Spedition Franke Genter Straße 34
Spedition Lohmann Hussitenstraße 43
Spedition Lachmann Stargarder Straße 13
Spedition Gliesche Pankstraße 60 (Laden)
„Freiheit"-Ausgabestelle Charlbg., Wallstraße 4
Spedition Krüger Neukölln, Emser Str. 32
Spedition E. Belz Rosenthal, Niederstr. 3
Spedition Wutzky Choriner Straße 68
Spedition Franzen Wittstocker Straße 19
Spedition Spiekermann Pankow, Mühlenstr. 20
Spedition Kitzerow Lübecker Straße 16 für Hansa-Viertel

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Reisehaus Petz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe, Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Inventurverkauf. Der Weg lohnt sich. Herrenanzüge, Ulster, Damenmäntel, echte Fuchskragen 175.—, 1200.—. Leihhaus Boxhagener Straße 47, Lichtenberg.

Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte. Gebunden, 332 Seit., kart. nur 3.— Mark, Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

[illegible] braucht, verkauft billig Stein, Anklamer Str. 20.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzwaren jetzt über die Hälfte herabgesetzt. — Anzüge, Paletots, Schüler, Gehrockanzüge, Cutaways, Gummimäntel, Hosen, bis 50% billiger. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Möbel

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preisw. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 Schönhauser Tor.

Werkzeuge u. Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelscheiben, Feilen, Nägel, Masch.-Schrauben, Wahmannstr. 2.

Schnellaufstahl kauft laufend Morgenstern, Lichtenberg, Weichselstr. 18.

Schnelldrehstahl, Spiralbohrer, Feilen, Schmirgelsteine, Kugellager, Sägeblätter kauft Bocher, Straußberger Straße 44.

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zünderkerzen kauft Pilz, Reinickendorfer Str. 63, Hof part. links.

Staunenerregend! Sämtliche Pelzwaren wegen vorgerückter Saison jetzt zu ganz bedeutend herabgesetzten spottbilligen Räumungspreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Kreuzfüchse 100.—! Alaskafüchse! Zobelfüchse! Silberfüchse! Skunks! Opossum! Herrenkragen! Uhren! Goldwaren! Anzüge! Verkauf zu erstaunlichen Spottpreisen! (Kein Versatzware.) Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Am Hochbahnhof Nordring, Fahrtvergütung).

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Chaiselongues, Umbaulotten, Auflegematratzen, Patentmatratzen 195.— Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Rehfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, la Lackfarbe, Verglasung 475.—. Schlafzimmer Eiche weiß und Nußbaum imit., 2950 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2800 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 14.—, Kinderbettchen. Mende, Augustraße [illegible]

Fahrräder

Fahrradankauf, Simeonstr. 19.

Mietgesuche

Tausche Zimmer, Loggia, Bad, Speisekammer, in Neukölln, 2 Minuten vom Bahnhof, Friedensmiete 51.— Mk., gegen gleiche in Charlottenburg oder westlichen Vorort. Offerten unter E. S. 1887 an die Hauptexpedition Breite Str. 8-9.

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Pachscher, Gertraudtenstr. 15. Zentrum 7660.

Aufpolstern, Sofabezüge spottbilligst. Pappelallee 12.